

# Ludwigshafener Rundschau

## AKTUELL NOTIERT

### Quote von über 50 Prozent bei Zweitimpfungen



Die Inzidenzwerte in Stadt und Kreis sind leicht gesunken. SYMBOLBILD: O. BERG/DPA

Laut Verwaltung beträgt die Corona-Impfquote in Ludwigshafen für vollständige geimpfte Stadtbewohner ab 18 Jahren 50,9 Prozent (Stand 19. Juli). Nur eine Injektion haben bisher 60,3 Prozent der erwachsenen Bevölkerung erhalten, teilte ein Rathaussprecher auf Anfrage mit. Für das Landesimpfzentrum in der Walzmühle befristete er die Anzahl der Erstimpfungen auf 42.153, die Anzahl der Zweitimpfungen auf 34.153 (Stand 22. Juli). Zu diesen Zahlen kommen die Impfungen in Einrichtungen, bei Sonderaktionen und bei Hausärzten hinzu. Darüber liegen keine offiziellen Statistiken vor. Die Sieben-Tage-Inzidenz (Neuinfektionen in einer Woche bezogen auf 100.000 Einwohner) ist am Freitag laut dem Landesuntersuchungsamt in Ludwigshafen mit 9,9 (Vortag: 10,4) wieder unter die Zehner-Marke gesunken. Gefallen ist auch der Wert im Rhein-Pfalz-Kreis: von 6,5 auf 5,2. In Ludwigshafen gibt es derzeit 52 akute Corona-Infektionen (+2), im Landkreis unverändert 53. |jer

### 28-Jähriger bedroht Mutter mit Messer

Ein 28-Jähriger hat am Donnerstagabend seine Mutter mit einem Messer bedroht. Wie die Polizei weiter mitteilte, geriet der Sohn gegen 21 Uhr in Streit mit seiner 47-jährigen Mutter. Er soll sie am Handgelenk gepackt und ihr dann mit dem Messer gedroht haben. Eine hinzugerufene Polizeistreife drohte mit dem Einsatz eines Tasers (Stromstoßpistole), um den Mann überwältigen und fesseln zu können. Der 28-Jährige wurde zu einer Polizeidienststelle gebracht, wo ihm eine Blutprobe entnommen wurde. Bei dem Vorfall wurden laut Polizei keine Beteiligten verletzt. |mix

### Stadtspark: Hochwasser wird von Filmfestivalwiese gepumpt



Gestern Mittag: Drei Pumpen befördern das Wasser in den Rhein. FOTO: MIX

Auf der Parkinsel werden von Mitarbeitern des Filmfestivals Hochwasserreste in den Rhein gepumpt, um das Gelände frei zu bekommen. Drei mit Diesellaggregaten betriebene Pumpen leiteten das Wasser über Schläuche in den Rhein. Der Stadtspark ist wegen des Hochwassers von der Stadt noch nicht für die Öffentlichkeit freigegeben worden. Das Grünflächenamt will zuvor noch die Standsicherheit der Bäume prüfen, die unterspült wurden. Das Festival soll am 1. September starten. „Bis dahin ist aber noch viel zu tun, denn das Hochwasser, die Umsetzung der Corona-Regelungen und natürlich die Logistik müssen erst noch bewältigt werden. Aber ich bin sehr zuversichtlich, dass wir das rechtzeitig schaffen“, erklärte Festivalchef Michael Kötz. |mix

### BASF fährt Anlagen wieder hoch: Fackeln springen an

Derzeit läuft der Anfahrprozess verschiedener Anlagen im Werksteil Nord der BASF in Ludwigshafen – darunter auch der Steamcracker. Daher kann es bis Anfang August zu Fackeltätigkeiten kommen, die mit sichtbarem Feuer und Lärmbelästigungen verbunden sind. Die betroffenen Anlagen waren in den vergangenen Wochen für die gesetzlich vorgeschriebene Sicherheitsüberprüfung abgestellt, die in regelmäßigen Abständen durchzuführen ist, wie der Konzern weiter mitteilt. Die BASF bittet Nachbarn wegen möglicher Belästigungen um Verständnis. |mix

### Coronavirus: Hier erhalten Bürger Informationen

Das Corona-Infotelefon der Stadt ist unter 0621/504-6000 montags bis freitags von 8 bis 17 Uhr freigeschaltet. Das Gesundheitsamt ist unter 0621/5909-5800 von Montag bis Donnerstag, 9 bis 12 und 13 bis 16 Uhr, sowie freitags von 9 bis 12 Uhr erreichbar. Die Hotline des Landes steht unter 0800/5758100 zur Verfügung. Hier können sich auch Impfwillige melden oder über [www.impftermin.rlp.de](http://www.impftermin.rlp.de) einen Termin vereinbaren. Menschen, die vermuten, dass sie sich mit dem Virus infiziert haben, können sich unter 0800/9900400 an die Fieberambulanz wenden. |rhp

# „Weniger Bedenkenträger, mehr Wir“

**INTERVIEW:** Klaus Jürgen Becker führt seit drei Wochen den Stadtverband des Deutschen Gewerkschaftsbunds – und hat viel vor. Den DGB will er aufrütteln, gegen prekäre Jobs vorgehen, Amazon-Beschäftigte besser aufklären und mehr Arbeitnehmer an Ludwigshafen binden. Von der Politik fordert er wie sein Kollege Rüdiger Stein Reformen.

Herr Becker, warum ist ein Historiker wie Sie prädestiniert für den DGB-Chefposten in Ludwigshafen?

Becker: Aus zwei Gründen: Die acht Einzelgewerkschaften, die wir vertreten, kennen mich persönlich von Vorträgen und durch Artikel. Außerdem habe ich zum Teil die Lokalgeschichte dieser unterschiedlichen Gewerkschaften aufgearbeitet. Zweitens kann ich aufgrund meines historischen Wissens aktuelle Probleme relativ gut identifizieren und daher ganz konkrete Verbesserungsvorschläge machen.

Gutes Stichwort: Bei Ihrer Wahl sagten Sie, dass Ihnen die „Bewusstmachung gewerkschaftlicher Tradition“ ganz wichtig sei. Das hört sich so an, als ob man den Mitgliedern noch mal das Einmaleins der Gewerkschaftsarbeit beibringen müsste.

Becker: Das ist genau richtig formuliert. Früher war es so, dass Eltern und Großeltern in der Gewerkschaft organisiert waren und ihre Erfahrungen an Enkel oder Kinder weitergegeben haben. Heute sind die Eltern kaum noch in der Gewerkschaft und vermitteln in dieser Beziehung nichts mehr an die folgende Generation. Das ist das Problem.

Und das andere?

Becker: Die Bundesrepublik ist eine Wohlstandsgesellschaft, in der es für die Arbeitnehmer seit Jahrzehnten selbstverständlich war, dass sie einen Tarifvertrag erhalten – ohne dass man dafür einen großartigen Beitrag leisten muss. Diese Zeiten sind vorbei, weshalb ein Mehr an gewerkschaftlichem Engagement nötig ist. Das heißt: Wir brauchen wieder ein Mehr an Wir und ein gemeinsames solidarisches Handeln. Und: Die gewerkschaftliche Interaktion muss verstärkt werden. Wir stehen daher vor einem Neubeginn.

Die Corona-Krise hat die Arbeitswelt verändert. Sogenannte Minijobber, die auf 450-Euro-Basis arbeiten, gehören zu den Hauptverlierern. Wie kann der DGB ihnen helfen?

Becker: Die Menschen haben ja bisweilen drei oder vier Jobs gleichzeitig, um über die Runden zu kommen. Den Betroffenen muss man klarmachen, dass soziale Absicherungen nur zu erreichen sind, wenn sie sich in Gewerkschaften einbringen und mit uns an einem Strang ziehen. Das versuchen wir beispielsweise auch den Amazon-Beschäftigten zu erklären, deren schwierige Arbeitsverhältnisse einen großen Schwerpunkt für uns bilden. Das Beste wäre, wenn die Leute bereits in der Gewerkschaft sind, bevor sie einen Minijob beginnen. Das gibt Sicherheit und macht sie selbstbewusster in ihrem Auftreten. Das gilt auch für Reinigungskräfte oder Mitarbeiter anderer Branchen. Die wissen oft gar nicht mehr, was eine Gewerkschaft ist. Entsprechend ratlos sind sie, wenn Probleme auftauchen, weil sie keine Ahnung haben, an wen sie sich wen-



„Da sind die Arbeitsverhältnisse – freundlich umschrieben – prekär“, sagt Klaus Jürgen Becker zu den Bedingungen im Frankenthaler Logistikzentrum des US-Onlineversandhändlers Amazon. SYMBOLBILD: R. VENNERBERND/DPA



Führt den Stadtverband: Klaus Jürgen Becker. FOTO: IER



Hat die Region im Blick: Rüdiger Stein. ARCHIVFOTO: KUNZ

den können. Die Aufklärung beginnt über ein persönliches Gespräch. Solche Gespräche müssen wir als Gewerkschafter künftig wieder häufiger führen.

Sie fordern Reformen von der Bundesregierung. Welche denn?

Stein: Wir haben speziell die Minijobs in den Blick genommen, weil wir in der Corona-Krise gesehen haben, dass das die ersten Leute waren, die entlassen worden sind. Diese prekärsten Beschäftigungsverhältnisse müssen künftig besser abgesichert, sprich: auf alle Fälle sozialversicherungsspflichtig werden. Der zweite große Punkt ist die Sicherung der Renten, denn klar ist: Altersarmut wächst in Deutschland. Menschen im Alter müssen sich auf eine solide Rente verlassen können.

Aktuell sieht es so aus, als ob die nächste Bundesregierung von der CDU und den Grünen gestellt wird. Macht Ihnen diese Perspektive Hoffnung für die geforderten Reformen?

Becker: Ehrlich gesagt mache ich

mir bei dieser Konstellation eher Sorgen. Wenn man etwa die steuerpolitischen Vorstellungen von CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet sieht, dann sagt er ja schon ganz klar: Leistung soll sich lohnen.

Was gibt es daran auszusetzen?

Becker: Dass Laschet ignoriert, wer die Leistung in den vergangenen vier Jahren und speziell in der Corona-Zeit tatsächlich erbracht hat: Krankenschwestern, Pflegepersonal, Erzieherinnen oder Beschäftigte in Supermärkten. Gelohnt hat sich das bisher nicht für diese Gruppen, auch nicht im Öffentlichen Dienst. Da ist es eher kontraproduktiv, wenn Besserverdienende weitere Steuererleichterungen erhalten sollen. Konkrete Hilfe und Unterstützung brauchen doch die Menschen, auf deren Rücken die Pandemie lastet. Da erwarte ich mir von einer schwarz-grünen Regierung wenig.

Was wäre denn eine Wunsch-Regierung für die Gewerkschaften?

Stein: Wir als DGB sind überpartei-

lich, schauen uns die Programme aber genau an und werden dazu auch alle Direktkandidaten befragen. Unsere Forderungen finden eher bei SPD, Linken oder Grünen Anklang. Von der Union würden wir uns wünschen, dass sie stärker auf Arbeitnehmerinteressen eingeht.

Werfen wir mal den Blick auf die größte Stadt der Pfalz mit ihren 110.000 Arbeitsplätzen. Wie beurteilen Sie die Lage in Ludwigshafen?

Becker: Das große Problem ist, dass sehr viele Menschen, die hier arbeiten, in die Stadt einpendeln. Unser Ziel muss es daher sein, wieder mehr Menschen mit sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigungsverhältnissen und höheren Einkommen an die Stadt zu binden. Das könnte Ludwigshafen tatsächlich wiederbeleben. Jeder kritisiert zu recht den Zustand der Stadt, verlässt sie dann aber wieder mit seinem Auto, mit Bus oder Bahn – von der BASF oder von einem anderen großen Arbeitgeber wie Vögelé. Das kann nicht die Zukunft sein.

Ein anderer großer Arbeitgeber im benachbarten Frankenthal ist der US-Onlineversandhändler Amazon.

Becker: Da sind die Arbeitsverhältnisse – freundlich umschrieben – prekär. Hinzu kommt, dass die Kolleginnen und Kollegen dort häufig einen Migrationshintergrund haben und ihrer fehlenden Sprachkenntnisse wegen Probleme haben, sich über ihre Rechte zu informieren. Genau da setzen wir an. Wir haben angefangen, unter Amazon-Mitarbeitern Flugblätter in mehreren Sprachen zu verteilen, um ihnen zu vermitteln, was ihnen zusteht.

Wie ist Ihre Haltung zum umstrittenen Thema Impfpflicht?

Becker: Ich argumentiere da als Historiker. Die Arbeiterbewegung hat immer erheblich von Impfungen profitiert. Ein Mehr an Gesundheit führt zu einer besseren Lebensqualität während der Erwerbstätigkeit. Wir müssen wieder wegkommen von einer Gesellschaft der Bedenkenträger hin zu einer solidarischen Gesellschaft. Es geht um ein stärkeres Bewusstsein dafür, was nicht in erster Linie mir als Einzelperson nützt, sondern wovon die Gesellschaft insgesamt profitiert. Ich bin überzeugt davon, dass das Impfen der bessere Weg ist.

Stein: So sehe ich das auch. Am Besten ist es, die Menschen lassen sich freiwillig spritzen. Eine Impfpflicht sehe ich als Gewerkschafter kritisch, weil es arbeitsrechtlich doch sehr große Hürden gibt.

Becker: Wir stehen vor gesellschaftlichen Grundsatzentscheidungen, auch beim Klimaschutz. Solche Probleme können wir nur gemeinsam lösen. Wir müssen unsere Gewohnheiten und unsere Lebensweise hinterfragen: angefangen von Wohnungsansprüchen über den Autokauf bis hin zum Freizeitverhalten. So wie bisher kann es global gesehen nicht weitergehen.

Könnte die Corona-Pandemie auch eine Chance sein, das Ruder herumzureißen?

Stein: Auf alle Fälle. Jeder Politiker hat das Wort Solidarität während der Corona-Zeit in den Mund genommen. Ich hoffe, dass wir diese Solidarität und deren Bedeutung auch über die Pandemie hinaus schätzen und beherzigen.

| INTERVIEW: STEFFEN GIERESCHER

## ZUR PERSON

– Klaus Jürgen Becker, 58, ist in Bockenheim geboren, verheiratet, Vater von zwei Söhnen und lebt seit 21 Jahren in Ludwigshafen. Seit 2006 ist der Historiker stellvertretender Leiter des Stadtarchivs, wo er seit 1997 tätig ist. Anfang Juli ist er für vier Jahre zum DGB-Stadtverbandsvorsitzenden gewählt worden.  
– Rüdiger Stein, 46, ist in Worms geboren und lebt in Frankenthal. Er ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Er ist DGB-Regionalschäftsführer für die Vorder- und Südpfalz, wo der DGB die Interessen von acht Mitgliedsgewerkschaften und von rund 87.000 Mitgliedern vertritt.

## WOCHENSPIEGEL

### VERKEHR

#### System gegen Staus

Die Planungen für ein modernes Verkehrsleitsystem in Ludwigshafen laufen seit Jahren. Nun geht es endlich sichtbar los: Monitore und interaktive Schilder werden ab August aufgestellt. An den Hauptverkehrsstraßen sind schon knapp 50 Zählapparate installiert worden. Alle Daten werden an einen Verkehrsrechner übermittelt, der in Echtzeit Tipps gibt, wie und wo man am schnellsten (und somit auch umweltfreundlichsten) durchkommt. Im Frühjahr werden die Daten per App übermittelt. Jeder kann sich dann überlegen, ob es sich lohnt, mit dem Auto innerhalb der Stadt unterwegs zu sein. Oder ob es mit dem ÖPNV und dem Rad vielleicht nicht doch schneller geht. Wird's weiter Staus geben? Mit Sicherheit. Denn trotz aller modernen Technik werden die Straßen ja nicht breiter.



Schöne neue (Verkehrs-)Welt.

KARIKATUR: UWE HERRMANN

### KUNSTWERK

#### Teppich fürs Hack

Modern war auch mal die Einrichtung des Stadtratssaals. Im März 1979 tagten zum ersten Mal die Kommunalpolitiker im damals neuen Rathaus. Ein tschechischer Textilkünstler schuf einen Wandteppich mit dem klangvollen Namen „Pulsation“, denn hier sollte ja das politische Herz das Stadt schlagen. Das Teil hat monströse Ausmaße und ist mittlerweile ziemlich verstaubt. Was wird daraus, wenn das Rathaus ab dem kommenden Jahr abgerissen wird? Das Wilhelm-Hack-Museum wird das Werk abnehmen, reinigen, verpacken lassen und einlagern, bis gegebenenfalls ein neuer Standort gefunden ist, verspricht Museumschef René Zechlin auf Nachfrage. Alle Kunstliebhaber können also beruhigt sein. Der Wandteppich landet nicht auf dem Sperrmüll.

### HEMSHOF

#### Viertel in Schiefelage

Apropos Sperrmüll – im Hemshof landet der häufig vor der Haustür, an Glascontainern oder im Gebüsch. Manche, inzwischen zu viele, stellen ihren angehäuften Unrat einfach da ab, wo's ihnen passt. Parken dort, wo man's nicht tun sollte. Oder verticken Drogen neben dem Spielplatz. So schilderte es Anfang der Woche Anwohner und Hausbesitzer Anthimos Dimitriadis – im Interview auf Lokalseite 1. Und schwups war das Thema ein Politikum. Die FWG fordert jetzt sogar von Stadt und Land ein Sicherheitskonzept für das Viertel mit seinen 20.000 Einwohnern aus aller Herren Länder. In dem Quartier läuft vieles schief – seit Jahren und nicht erst seit gestern. Liebe Stadträte: Kümmert euch endlich! Sonst ist die „Altstadt mit Herz“ bald ein „Ghetto für Gangster“. M. Schmid & S. Gierescher